

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

38 (15.2.1909)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
 Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
 Luisenstraße 24.
 Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
 Sprechstunde d. Redaktion: 12—1/2 Uhr.
 Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 Uhr.

Druck und Verlag
 Buchdruckerei Ged. u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Rechte Post: W. Kolb,
 Residenz, Kommunales, Neues v. Tage, Feuilleton u. Unterh. -Beil.: A. Weismann,
 Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Rundschau: G. Kadel, alle in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
 Carl Ziegler in Karlsruhe.

Die reichsländische Verfassungsfrage — ein europäisches Problem.

Genosse Jean Jaures, der unermüdete Vorkämpfer der deutsch-französischen Verständigung, macht in einem Artikel, den er in seiner „Humanitee“ veröffentlicht, auf die außerordentliche Bedeutung aufmerksam, die dem reichsländischen Verfassungsproblem für die weitere Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen zufällt. Der darauf bezügliche Teil seines Artikels, von dem wir gestern bereits kurz Notiz genommen haben, lautet wörtlich:

Deutschland muß in Elsaß-Lothringen ein freies und humanes Regierungssystem einführen. Ein unterdrücktes, vergerichtetes Elsaß, dem man die Selbständigkeit verweigert, die es fordert, dem man die Garantien einer freien, selbständigen Kulturentwicklung versagt, auf die es Anspruch hat, ein Elsaß, das man durch die gewalttätigen und barbarischen Methoden der preussischen Polizeipolitik eingudeutschen versucht und aus dem Schmerzens- und Entrüstungsrufe ertönen, ein solches Elsaß würde eine unmögliche Zone von Mitleiden und Haß bleiben, gleichsam ein Höllenstrom, den kein Lebendiger überschreitet.

Im Elsaß herrscht jetzt eine große Bewegung der Geister, eine gewaltige Krise. Wenn Deutschland nicht mit Vertrauen und Freiheit antwortet, wie ihm seine besten Bürger raten, sondern mit Gewalt und Unterdrückung, dann wird das deutsch-französische Abkommen ein wertloses Stück Papier bleiben, dessen Bedeutung sich auf ein sinnloses Unternehen zur Ausplünderung von Marokko jammerrisch beschränken wird. Im Gegensatz hierzu würde ein beruhigtes, befriedigtes Elsaß der Verständigung freie Bahn zur glücklichsten Weiterentwicklung eröffnen.

Ich fühle mich verpflichtet, das am Tage nach der Unterzeichnung des deutsch-französischen Abkommens auszusprechen. Ich weiß nicht, ob — wie mich gute, für die Verständigung beider Länder leidenschaftlich begeisterte Deutsche versichern — meine Stimme Aussicht hat, in Deutschland gehört zu werden. Aber auf alle Fälle habe ich, indem ich an dieser Stelle jede Politik der brutalen Vergeltung und der ewigen Entfremdung freimütig bekämpfe und, allen Beschimpfungen und Verleumdungen zum Trotz, die Stunde der deutsch-französischen Freundschaft zu beschleunigen versuche, mir das Recht gewonnen, all jenen Deutschen, die wirklich die dauernde und lokale Verständigung mit Frankreich wollen, zu sagen: Die Lösung des Problems, das jetzt die Bevölkerung des Elsaß bewegt, kann, je nachdem, ob sie im Sinne der Freiheit oder der Unterdrückung geschieht, viel dazu beitragen, den Wert der deutsch-französischen Verständigung zu erhöhen oder zu verringern. Sie kann das Einvernehmen mit neuer Lebenskraft erfüllen oder tödlich verwunden.

Unsere deutschen Nationalisten haben den Genossen Jaures stets mit Vorliebe zitiert, wenn er an der Politik der französischen Nachthaber Kritik übt. Ein neuer Mahnruf, der sich ausnahmsweise an eine etwas entferntere Adresse richtet, dafür aber nur desto näher angeht, wird jedoch in der deutsch-bürgerlichen Presse totgeschwiegen oder zu einem Beweise dafür umgefälscht, daß den Franzosen der „Appetit mit dem Essen“ kommt, und daß sie nach ihrem Erfolg in der marokkanischen Frage einen noch größeren in der elsäß-lothringischen anstreben. Wer indes seine Augen nicht gewalttätig vor den Tatsachen verschließt, der wird erkennen, daß Jaures keine egoistischen Erfolge Frankreichs will, sondern Erfolge der Kultur und des Friedens anstrebt. Was er verlangt, die endliche Aussöhnung der reichsländischen Grenzbevölkerung mit ihrem Lose, ist das, was die französischen Chauvins am wenigsten wünschen, was aber die deutsche Ehre und der deutsche Vorteil am lautesten fordern. Freiheit für Elsaß-Lothringen im Rahmen des Reichs, Friede und Freundschaft zwischen den beiden großen Völkern!

Politische Uebersicht.

Kerls und Hungerkandidaten sind nicht hoffähig.

Ueber die Zurücksetzung des deutschen Reichstags und der deutschen Journalisten bei den preussisch-englischen Gossfestlichkeiten wird in der bürgerlichen Presse laute Klage geführt. Zum Galadiner im Schloß war eine Mustergarde preussischer Falstaffs aus dem Herren- und Abgeordnetenhaus zugelassen, das Präsidium des Reichstags blieb aber ausgeschlossen. Graf Stolberg soll erklärt haben, eine Scharlachepidemie in der Familie hindere ihn,

in Gesellschaft zu gehen, sie hindert ihn aber augenscheinlich nicht, in den Reichstag zu gehen und dort den Vorsitz zu führen. Herr Paasche ist noch immer unbeliebt, weil er in der Eulenburg-Affäre zeitweilig über seinen Volkvertreterpflichten seine Pflichten als Reserveoffizier vergessen hatte — die späte Entschuldigung hat ihm nichts genützt. So blieb also nur Herr Kämpf allein, und Herrn Kämpf allein wollte man erst recht nicht.

Nicht besser als dem Reichstag ging es den Vertretern der Presse. Die englischen Journalisten werden zu allen Festlichkeiten zugelassen, während die deutschen Berichterstatter vor der Türe stehen bleiben mußten. Darum erhebt Herr Liman in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ die Fahne der Empörung, und schon wird zwischen den „Hamburger Nachrichten“ und der „Nationalzeitung“ der Plan diskutiert, in einen Pressestreik gegenüber dem Hof, wie er seinerzeit gegen den Reichstag geübt wurde, einzutreten.

„Perls“ hat man einst bei Hofe die Reichstagsabgeordneten genannt, und „Hungerkandidaten“ die Journalisten. Das haben sich die bürgerlichen Herrschaften nicht nur ruhig gefallen lassen, sondern sie haben noch zum Danke dafür den Hof umwehelt und nach den „historischen Novembertagen“ byzantinische Zubehöre angestimmt. Jetzt kocht ihre deutsche Volksseele vor Empörung, weil man sie nicht eingeladen hat, bei der Hofafel zuzusehen. So bleiben sie doch immer, was sie sind.

Die Wahlrechtsreform in Schweden.

Wie eine Depesche meldet, hat der schwedische Reichstag die 1907 zustande gekommene Wahlrechtsreform am Mittwoch endgültig angenommen. In der ersten Kammer stimmten 119 Abgeordnete dafür und 22 dagegen. In der zweiten Kammer wurde die Reform mit 158 gegen 58 Stimmen gutgeheißen und außerdem noch 10 unbeschriebene Stimmzettel abgegeben. Daß in der ersten Kammer, dem plutokratisch zusammengesetzten Herrenhaus, nur 22 Neinstimmen abgegeben wurden, ist schon ein Beweis dafür, daß die Reform kein demokratisches Muster ist. Gleichwohl hielt einer dieser Gesetzgeber erster Güte diese Reform für so gefährlich, daß er darin den Anfang einer radikalen und sozialistischen Schredenherrschaft erblickte, und den zum Landesverräter stempelte, der in dieser Weise den inneren Feind auf das Vaterland loslasse! Unter denen, die in der zweiten Kammer gegen die Reform stimmten, waren auch die 34 Sozialdemokraten. Sie haben das selbstverständlich aus den entgegengesetzten Gründen als die Herren der Kapitalistenkammer und handelnden in Uebereinstimmung mit der gesamten organisierten Arbeiterschaft Schwedens, die in den letzten Tagen im ganzen Lande eine große Anzahl von Versammlungen abhielt, die sämtlich die Vorlage als unzureichend ablehnten, weil sie keineswegs dem Ziel des jahrzehntelangen Kampfes um das allgemeine gleiche Wahlrecht, um eine entschieden demokratische Verfassung entspricht, wenn gleich sie gegenüber dem alten Zustand im allgemeinen einen ziemlich Fortschritt bietet.

Bisher war die für die Arbeiterschaft schlimmste Einschränkung des Wahlrechts zur zweiten Kammer die, daß man mindestens für 800 Kronen Jahreseinkommen Staatssteuern zahlen durfte. Außerdem konnte man aber auch schon durch geringen Grundbesitz oder durch Landpacht das Wahlrecht erhalten. Das Wahlrecht begann mit dem vollendeten 21. Lebensjahre. In dieser Hinsicht hat die Reform eine arge Verschlechterung gebracht, indem sie das Wahlrechtsalter auf das vollendete 24. Lebensjahr hinaufsetzte. Die Frauen sind nach wie vor vom Wahlrecht ausgeschlossen. Der wichtigste Fortschritt ist, daß der Steuerzensus von 800 Kronen herabgesetzt ist und in dieser Hinsicht nur bestimmt wird, daß man die schuldigen Staats- und Gemeindesteuern für die letzten drei Jahre vor der Wahl bezahlt haben muß; wahlberechtigt sind auch die, die z. B. wegen zu geringen Einkommens nicht zur Steuer veranlagt sind. Das Wahlrecht verliert, wer in Konkurs geraten ist, wer unter Vormundschaft steht, wer für im letzten Jahre vor der Wahl empfangene Armenunterstützung haftet und wer seine ihm obliegende Wehrpflicht nicht erfüllt hat. Man hat berechnet, daß trotz dieser Einschränkungen die Zahl der Wahlberechtigten von bisher 450 000 auf rund 1 000 000 steigt.

Die erste Kammer soll nach wie vor von den Landstingen, das heißt den ländlichen Kommunalvertretungen, und von den Stadtverordneten der Städte gewählt werden, die nicht in den Landstingen vertreten sind. Während es aber bisher so war, daß der Kommunalwähler in der Stadt je nach seiner Steuerleistung bis zu 100 Wahlstimmen, auf dem Lande sogar bis zu 5000 — Fünftausend — abgeben konnte, ist das Stimmenmaximum jetzt für Stadt und Land auf 40 herabgesetzt.

Für die Landgemeinden ist außerdem noch die Bestimmung getroffen, daß kein Wähler über mehr als ein Zehntel der gesamten Wahlstimmen verfügen darf. Hinsichtlich der Wählbarkeit der ersten Kammer ist die wichtigste Aenderung die, daß man jetzt nur für mindestens 3000 Kronen, statt bisher 4000, Einkommen-Steuer zahlen braucht, um Gesetzgeber erster Güte werden zu können.

Die Mitgliederzahl beider Häuser des Reichstags bleibt wie bisher: 150 in der ersten und 230 in der zweiten Kammer.

Letzte Nachrichten.

Die Serben werden im Schach gehalten.

Wien, 13. Febr. Der Petersburger Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ wurde im dortigen auswärtigen Amt an maßgebender Stelle unterrichtet, daß eine Bandenbewegung in Serbien nicht existiere. Sobald aber in Serbien irgend eine Tatsache festgestellt sei, die den Frieden bedroht, so würde von Rußland und anderen Mächten sofort in Belgrad ein Druck ausgeübt werden und Serbien werde gehorchen, wie es dies schon früher getan habe.

Ein Attentat.

Riga, 13. Febr. Heute Morgen wurde der Präsident des Kriegsgerichts, Generalmajor Koschelew vor der Kathedrale von zwei Revolutionären durch Revolverkugeln am Kopfe schwer verwundet. Der eine Attentäter flüchtete in einen Drochsenflüchtel, wurde aber eingeholt, von Polizisten tödlich verwundet und verhaftet. Der andere scheint entkommen zu sein.

Das türkische Kabinett gestürzt.

Konstantinopel, 13. Febr. Die Kammer beschloß mit 198 gegen 8 Stimmen, dem Großwesir ihr Mißtrauen auszudrücken. Sie nahm eine Resolution an, in der der Präsident der Kammer erucht wird, dem Sultan die Willensmeinung der Kammer zur Kenntnis zu bringen, daß ein Kabinettschef ernannt werde, welcher das Vertrauen der Kammer besitze. Der zweite Teil der Resolution, in der die Kammer erklärt, sie wolle so lange tagen, bis sie eine Erklärung des Großwesirs erhalten hätte, wurde abgelehnt. Das nachher mit 189 gegen 8 Stimmen beschlossene Mißtrauensvotum gegen Kiamil stand wesentlich unter dem Einflusse der Empfindung, daß der Großwesir abgetan sei. Für alle Folgen, schreibt Kiamil an die Kammer, sowohl in der äußeren wie der inneren Politik lehne er jedwede Verantwortung ab.

Der Sultan hat eine Stunde später die Demission des Kabinetts Kiamil angenommen und sofort Sussain Hilmi, sowie die Präsidenten der Kammer und des Senats nach dem Eidstrost berufen.

Die Abstimmung im Parlament hat den eflatanten Sieg des jungtürkischen Komitees besiegelt.

Konstantinopel, 13. Febr. In der Kammer ließ der Präsident den Protest verlesen, den die Offiziere des hier stationierten Geschwaders gegen die Ernennung des Marineministers überliefert haben. Der Führer der Jungtürken, Riza Tewfik, protestierte in bestiger Rede gegen dieses disziplinwidrige Vorgehen der Offiziere. Als Riza Tewfik während der Pause in den Wandelgängen erschien, wurde er von Offizieren umringt, die ihm lebhaft Vorwürfe machten, worauf Riza Tewfik ausrief: „Wir haben bisher verstanden, Ordnung zu halten; wir werden es, wenn nötig, auch weiter verstehen“. Der Kammerpräsident machte dem Zwischenfall dadurch ein Ende, daß er Riza ins Präsidentenzimmer zog. Ueber 200 Offiziere waren im Hause anwesend.

Konstantinopel, 13. Febr. Das jungtürkische Komitee erließ eine Erklärung, worin es heißt: Das Komitee, das die größte Mäßigung erwiesen habe, um das Wohl des Vaterlandes zu sichern, selbst in Momenten, wo die öffentliche Meinung aufs äußerste erregt war, bezeichnete mit größter Entschiedenheit die in einigen Ländern verbreitete Nachricht, welche besagt, daß das Komitee den Sultan entthronen und Jusuf Izzedin zum Sultan auszurufen wolle, als Erfindung.

Die Revolution in Persien.

Teheran, 13. Febr. Die Bagare sind teilweise geschloffen. Die Teheraner Garnison ist mit scharfer Munition versehen worden. Starke Kosaken-Batrouillen durchstreifen die Straßen. Nach Meldungen aus Rejcht bauen die dortigen Revolutionäre Verschanzungen, um den gegen sie entsandten Truppen Widerstand leisten zu können.

sanzüge
 fertigung
 entl. billigen
 840
 wechseln mit
 defektion.
 Kronen-
 straße 49

da

gartes, reines
 3, jugendfreies
 e, lammetweiche
 en Takt zu er-
 che sich nur mit
 844

liemilch-Seele
 Co., Madebenl
 i:

Ähringerstr. 43.
 Wilhelmstr.

le, Kaiserstr.
 e, Lesingstr. 4.
 ierstr. 201.

rog, Herrenstr.
 r. 223. 844

Ähringerstr.
 gerie, Kaiserstr.
 ost, Amalienstr.
 Kurbenstr.

gerie Karlstr. 74.
 2, Herrenstr. 35.
 ierstr. 11.

helmstraße.
 Straußdrogerie
 August Peter.

nstall

raße 64.
 ingerichte
 mit falter und
 447

8 6 2,00
 ed bis 1 Uhr.

reyer.

iche
 chafts-

iteratur

ndlung
 nstr. 26.

4. St. r., (bei
 möbliertes
 lig zu vermiet.

4. St. ist ein
 er vor sofort
 4 zu ver-
 880

Sinterhaus
 ein möbliertes
 od. später bill.
 880

5. für 12 Mk.
 laufen. 861

4. Stof.

gelegt:
 brot

35 Pfg.
 18 Pfg.

erer

chen
 n. 851

Deutsche Politik.

Der lange Müller als Reichstagskandidat. Der frühere preussische Handelsminister v. Müller, der bei den letzten Wahlen in Bielefeld unterlegen ist, wurde von den Nationalliberalen als Kandidat für die Nachwahl im Wahlkreis Stade-Bremervörde aufgestellt.

Die Bremische Lehrerkammer. Mit der Bremischen Lehrerkammer, deren Einführung als erstes derartiges Institut in der bürgerlichen Presse besonderes Lob gefunden wird, scheint es eine eigene Verwandnis zu haben. Es wird berichtet, daß nach der nunmehr von Senat und Bürgererschaft genehmigten Vorlage sämtliche Schulvorsteher dem Konvent (Lehrerkammer) angehören, von jedem Lehrerkollegium aber nur ein Vertreter. Die Wünsche der Lehrerschaft auf Beteiligung der gesamten Lehrer und Lehrerinnen an dem Schulkonvent blieben unberücksichtigt.

Die Fonds der sozialen Versicherungen als Geldquelle für das Reich. Die „Nationalzeitung“ verlangt, daß in die neue Reichsversicherungsordnung eine Bestimmung aufgenommen wird, die die gesetzliche Verpflichtung für alle öffentlich rechtlichen Körperschaften ausdrückt, einen beträchtlichen Teil ihres Vermögens in Reichs- und Staatsanleihen anzulegen. Viele Berufsvereinigungen und Versicherungsgesellschaften können jetzt schon ihrer wohlverdienten und natürlichen Pflicht in dieser Hinsicht vollkommen nach. Um so unbedenklicher erscheine es, einen ersten gesetzlichen Schritt auf dieser Bahn zu tun, dem dann naturgemäß die im öffentlichen Interesse notwendigen weiteren Schritte in Bezug auf die Vermögensanlagen von Sparbanken, Versicherungsgesellschaften usw. folgen dürften.

Von der mecklenburgischen Verfassungsreform. Die mecklenburgischen Junker halten es für angebracht, einen Rechtfertigungsversuch ihrer Haltung zur Verfassungsreform zu unternehmen. Mecklenburgische Blätter bringen eine Erklärung, die von dem Grafen Schwerin, 2 Herren von Derzen, und einigen bürgerlichen Grundbesitzern unterzeichnet ist, in der freilich zugestanden wird, daß die Ritterschaft dem Gedanken einer aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Landesvertretung sich unzugänglich erwiesen hätten. Die Ritterschaft habe sich aber nicht auf die Ablehnung dieses Vorschlages beschränkt. — Es wird dann weiter erzählt, daß die Ritterschaft großmütig den Vorschlag gemacht habe, den Landtag künftig aus 51 Vertretern der Landschaft, 51 Vertretern der Ritterschaft und 37 aus dem Domanium zu erwählenden Vertretern bestehen zu lassen. — Daß diese junkerliche Ständevertretung ein Schritt auf jede moderne Verfassung sein würde, scheint diesen Herren nicht beizukommen.

Aus der Arbeitskammer-Kommission des Reichstages. Die Beratung wird bei § 6 der Vorlage fortgesetzt. Ein sozialdemokratischer Antrag, der dem Absatz 1 der Vorlage eine andere Fassung geben will, bezweckt, bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern es den streitenden Parteien freizustellen, ob sie das Gewerbegericht oder die Arbeitskammer als Einigungsamt anrufen wollen. Ferner verlangt der sozialdemokratische Antrag, daß auch andere, als die in der Kammer vertretenen Gewerbevereine die Kammer als Einigungsamt anrufen können.

Ein Antrag Pottthoff will in Gewerbe-Zweigen und Bezirken, für die Arbeitskammern errichtet sind, den Verhandlungszwang einführen. Er verlangt, daß die Kammer angerufen werden muß, ehe eine Verabredung zur Einstellung der Arbeit oder zur Entlassung von Arbeitern in Wirksamkeit tritt.

Eine weitere Bestimmung dieses Antrages läuft auf die Einführung einer Schadenerschaftspflicht hinaus, die dann eintreten soll, wenn durch Streiks oder Aussperrungen, die nicht Gegenstand der Verhandlungen gewesen sind, ein Schaden entsteht. Haftbar sollen sein sowohl die schuldigen Arbeitgeber, als Arbeitnehmer, als auch derjenige Verein, der den Streik oder die Aussperrung veranlaßt, unterstützt oder begünstigt.

Für diesen Antrag äußerte sich nur der Antragsteller. Genosse Bömelburg vertrat die Auffassung, daß bei dem Stande der heutigen Gesetzgebung auf dem Gebiete des Arbeiter-Rechtes und nach den tatsächlichen Verhältnissen im Wirtschaftsleben der Antrag Pottthoff für die Arbeiter unannehmbar sei. Auch zur Pflege des gewerblichen Friedens könne der Antrag nicht beitragen.

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

39

(Fortsetzung.)

(Nachdr. verb.)

Mich?

Ja, Sie! Ich will Ihnen auch ganz offen sagen, wie Sie dazu kommen, bei mir die Stelle des weisen Einsieblers im Walde, zu dem sich die vom Zweifel geplagte Kreatur flüchtet, einzunehmen. Sie sind zu diesem verantwortlichen Amte durch eine Stimme erhoben, gegen die für mich kein Appell existiert; ich meine durch die Stimme der Frau von Werlow. Ich versuchte ihr heute Morgen anseinanderszusehen, was ich Ihnen alsbald mit Ihrer gütigen Erlaubnis mitteilen will; sie hörte mich mit himmlischer Geduld von Anfang bis zu Ende an und sagte dann, Ihre Hand für einen Augenblick auf die meinige legend: Lieber Wemperlein, sagte sie, wollen Sie meinen Rat hören. Natürlich, gnädige Frau! sagte ich. Nun denn, sagte sie, lieber Wemperlein, gehen Sie hinüber nach Grenzwitz, bringen Sie Herrn Doktor Stein eine Empfehlung von mir, und erzählen Sie ihm ganz ausführlich, was Sie mir eben gesagt haben; und was er Ihnen dann antwortet, das nehmen Sie als meine Antwort.

Auf Oswalds Lippen schwebte ein stolzes Lächeln. Er sah in dieser Demut Melitta's eine ihm dargebrachte Huldbildung; er fühlte, daß sie ihrer Liebe keinen reineren Ausdruck geben konnte, als durch dieses Geständnis, wie fortan ihre Existenz in der ihres Geliebten aufgehe.

Wie Sie sich aus dieser Verlegenheit ziehen werden, fuhr Herr Wemperlein fort, ist Ihre Sache; die Rolle des Vertrauten ist Ihnen einmal zugeteilt, und Sie müssen dieselbe herunterspielen, so gut Sie können. Die Sache ist nämlich einfach die, oder vielmehr gar nicht einfach, sondern sehr komplizierter Weise, auf alle Fälle indessen ist die Sache die: Ich bin nämlich — ich habe nämlich — aber hier kann ich Ihnen das nicht erzählen, ich muß dazu den Himmel über mir haben, denn unter dem blauen Himmel sind mir die Gedanken gekommen, die eine

Die gleiche Auffassung vertreten der Redner des Zentrums und der freisinnige Abgeordnete Mang.

Bei der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt. Abgelehnt wurde auch der Antrag Pottthoff, sowie ein Antrag der wirtschaftlichen Vereinigung.

Der § 6 wurde dann in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Badische Politik.

So ist!

Die „Badische Landeszeitung“ berichtete am Freitag über den Abg. Gilbert, der zurzeit in seinem Wahlkreis fleißig Versammlungen abhält, daß er sich zu einem guten Redner entwickelt habe. Zum Schluß bemerkt dann das Blatt:

„Unser Abgeordneter aber beweist auch, daß der einzig richtige Vertreter für uns Bauern eben nur ein wirklicher Bauer sein kann.“

In Konsequenz dieser Auffassung werden also die Herren Apotheker Pfeifferle, Professor Quenzer und vor allem Herr Landgerichtsdirektor Obkircher auf ihre Wiedererwählung in den bisher von ihnen vertretenen Bezirken verzichten, damit an ihrer Stelle die „einzig richtigen Vertreter für uns Bauern“, nämlich Landwirte, aufgestellt werden können. Damit wäre dann auch wieder die Grundlage für den liberalen Block geschaffen. Die Freisinnigen und Demokraten werden sich freuen. Daß die „Bad. Landeszeitung“ auf diesen pyramidalen Einfall zur Beseitigung der Ursachen für alle die Wirren, welche die Kandidatur Obkircher in Lorrach-Land seit Monaten hervorgerufen hat, erst jetzt gekommen ist!

In Durlach

wird, wie der „Bad. Landesbote“ berichtet, kein freisinniger, sondern ein demokratischer Kandidat aufgestellt werden.

Es geht schon los.

Der gute Vorfall, den die Blockparteien sich bei der Trennung geloben, gegenseitig den Kampf in Formen zu führen, die ein Zusammengehen von Fall zu Fall und bei den Stichwahlen nicht erschweren, geht schon in die Brüche. Speziell ist der Karlsruher allwissende und allweise Götterbote-Korrespondent an der Arbeit, die Drachensaat der gegenseitigen Verhetzung auszusäen. Herr Ammon fühlt sich jetzt, denn Obkircher folgt seinen Spuren. Er schrieb im „Schwab. Merkur“ u. a.:

„Der neuen Parteileitung muß man nachrühmen, daß sie mit stiller Energie, ohne viel zu reden, an die Wiederaufrichtung der nationalliberalen Partei gegangen ist. Der Sicherung des rechten Flügels folgte unmittelbar die des linken, und nun hat sich das Wätkchen gependet: Es besteht Hoffnung, daß der linksliberalismus die Kosten bezahlt, die er verschuldet hat, und daß die nationalliberale Partei sich für etwaige Verluste schadlos halten kann. Man sieht doch endlich wieder einmal einen Plan, eine Strategie, und das muß ermutigend auf die Anhänger der Partei wirken, mehr als alle schönen Reden. Kein Wunder, daß der „Landesbote“ so leinlaut ist und künftig recht brav zu sein verspricht!“

Der Spott gegen den „Landesbote“ ist nicht ganz unbedeutend. Das demokratische Blatt hat wirklich Erstaunliches an Selbstüberwindung in den letzten Wochen geleistet. Jetzt reißt auch dem „Landesbote“ der Geduldsfaden. Er schreibt:

„Bei den Hauptwahlen schmeißt die nationalliberale Partei den linksliberalismus hinaus und läßt sich bei den Stichwahlen von ihm wählen!“

Wahrlich ein gemüthlicher Patriot! Wir glauben, im nationalliberalen Lager ist man sich klar darüber, daß wenn es Scherben geben sollte, der Mitt auch in die nationalliberalen Töpfe ginge, noch tiefer als ins linksliberale, beim demokratische Geschirr!“

Wir glauben, daß man im nationalliberalen Lager die Ammonische Auffassung teilt, wenigstens denken die Artikel der „Bad. Landesztg.“ darauf hin. Es wird schon besser sein, die Demokraten verlassen sich nicht auf die noble Gesinnung der Nationalliberalen.

solche Revolution in meinem Innern hervorbrachten. Sie täten mir also einen Gefallen, Herr Kollega, wenn Sie mir nach Verlov das Geleit geben wollten. Unterwegs lege ich Ihnen meine Beichte ab. Jetzt will ich gehen, Julius zu rufen, und mich bei den Herrschaften zu empfehlen. Machen Sie sich unterdessen zurecht; aber lassen Sie mich um Himmelswillen nicht lange warten. Rehn Minuten reichen vollkommen zu, und länger halte ich auch ein tête-à-tête mit Ihrer Baronin nicht aus. Also à revoir in zehn Minuten, es schadet nichts, wenn es auch nur neun sind.

Als Oswald nach unten kam, komplimentierte sich gerade Herr Wemperlein vor dem alten Baron zur Tür der Wohnstube hinaus.

Keinen Schritt weiter, Herr Baron! Uff! — Nun lassen Sie uns machen, daß wir wegkommen, Herr Kollega. Wo ist mein Julius?

Auf dem Hofe fanden sie die Anaben. Bruno sah auf dem Rand des Brunnens der lopslosen Majade, und schlüchtele Julius, der zwischen seinen Anten stand, das lange lockige Haar.

Wie willst du denn ohne den Pony fertig werden, Julius?

Ja, ich will sehen, vielleicht lasse ich mir ihn nachschicken.

Du Glücklicher, ich glaube, du läßt dir auch deine Mama und Herrn Wemperlein nachschicken, wenn's ohne sie nicht geht. — Ich wollte, ich könnte mir dir nach Grünwald, und sähe dies verdammte Nest im Leben nicht wieder.

Mama sagte mir, du hättest Herrn Stein so lieb, ist das wahr?

Ich ihn lieb? sagte Bruno, den Kopf trotzig in die Höhe werfend; weshalb sollte ich ihn lieb haben? er ist mir ganz gleichgültig. Er bestimmt sich viel um mich! Er! Gestern ist er den ganzen Tag ohne mich herumgelaufen, und heute hat er mich noch keines Blickes würdig — er ist mir ganz gleichgültig; hörst du? sag' das nur deiner Mama, ganz gleichgültig! — Und damit verbarz er sein Gesicht in Julius' Loden und schluchzte.

Eine freche Verhöhnung

der Wähler der 2. und 3. Klasse, insbesondere der letzteren, leistet sich wieder einmal Herr Ammon im „Schwab. Merkur“, indem er berichtet:

„Von Offenburg ist nachzutragen, daß dort in der ersten Klasse die Blodische siegte. Das gibt doch auch zu denken, daß die größten Steuerzahler meist nationalliberal wählen, nicht Zentrum, nicht linksliberal (außer auf dem Kompromißwege) und natürlich auch nicht sozialdemokratisch. Der Weltfack ist kein Beweis für Verstand, aber doch pflegen die Leute, die etwas vor sich gebracht haben, nicht gerade zu den dümmsten zu gehören!“

Herr Ammon charakterisiert hier die Wähler der unteren Klassen rundweg als Leute, die nichts „vor sich gebracht haben“, weil sie zu dumm sind. Dabei weiß Herr Ammon so gut wie wir, daß für die meisten Wähler, die in der ersten Klasse wählen, nicht der Umstand dabei ausschlaggebend ist, daß sie „etwas vor sich gebracht haben“, sondern die Tatsache, daß sie Häuser besitzen, die mit wenigen Ausnahmen bis zu 70 und 80 Prozent mit Hypothekenschulden belastet sind. Die Umlagen dieser Wählerkategorie zählen in Wirklichkeit die Mieter, also die „Halbhimmel“ der 3. Wählerklasse. Gewiß spielen Talent und Fleiß auch heute noch beim „Fortkommen“ eine Rolle, aber in vielen Fällen hilft aller Fleiß und alles Talent nichts, wenn nicht der glückliche Zufall oder die Protektion dazu kommen. Sehr oft bringen auch die „etwas vor sich“, denen die größten Kartoffel im Felde wachsen. Beispiele dafür gibts in Hülle und Fülle.

Mit Fescherkunststückchen

möchte der Malscher Korrespondent des „Badischen Beobachters“ die Tatsache verduffeln, daß bei der letzten dorthin Bürgerauschüttung das Zentrum trotz des knappen Sieges in der ersten und zweiten Klasse ziffernmäßig schlechter abgeschnitten hat als die Sozialdemokratie. Diese hat gegen die letzte Wahl rund 100 Stimmen zugenommen, während das Zentrum nur noch mit knapper Mühe und Aufbietung aller verfügbaren Kräfte die erste und zweite Klasse behaupten konnte. Noch ein solcher „Sieg“ und die Malscher Zentrumsherrschaft gehört der Vergangenheit an. Das ist's, was wir konstatieren und an dieser Tatsache ist nichts zu bestreiten und nichts zu beschönigen. Das gleiche gilt von Muggensturm. Bei einem weniger ungerechten Wahlrecht wäre das Zentrum in beiden Orten glatt unterlegen. Also nur nicht profen, dazu liegt nicht der geringste Anlaß vor. In drei Jahren sprechen wir uns wieder.

Falsche Hoffnungen

hat die „Freiburger Zeitung“ durch einen Artikel über die geplante Reform des Elementarunterrichtsgesetzes erweckt, indem sie behauptete, daß im Ministerium eine durchgreifende Aenderung des Elementarunterrichtsgesetzes mit Einreichung der Lehrer in den Gehaltsstarif der Staatsbeamten zur Vorlage an den nächsten Landtag bearbeitet werde.

Die Nachricht ist, soweit die Einreichung der Lehrer in den Gehaltsstarif in Betracht kommt, aus der Luft gegriffen. Das Ministerium Dutsch-Sonelli wird diese Forderung der Lehrer nicht durchführen; auch das Zentrum sträubt sich dagegen. Wenn einmal die Lehrer in ihrer Mehrheit zum Zentrum gehören, läßt dieses eher mit sich über diese Frage reden. Die Hoffnungen der Lehrer auf Gleichstellung mit den übrigen Staatsbeamten wird unter dem überwiegenden Einfluß der reaktionären Parteien ein schöner Traum bleiben.

Gegen die Landwirtschaftskammer

läuft jetzt die Zentrumspropaganda Sturm. Nun ist die Zusammensetzung der Landwirtschaftskammer gewiß sehr reformbedürftig. Wenn unter den 42 Mitgliedern dieser Korporation 16 sich befinden, die keine praktischen Landwirte, sondern Privatiers und Staatsbeamte sind, so ist das ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand und wir werden für eine Reform jetzt zu haben sein. Wenn damals, als der Landtag über das Gesetz betreffend die Landwirtschaftskammer zu entscheiden hatte, die sozialdemokratischen Abgeordneten für das Gesetz votierten, so nur, weil andererseits das Zustandekommen einer

Was ist dir, Bruno? Mir? nichts! was sollte mir sein! Bruno, ich begleite Herrn Wemperlein! rief Oswald herüber.

Herr Doktor, ich begleite Julius! rief Bruno zurück. Wo ist Malte?

Soll ich Maltes Güter sein?

Malte ist auf dem Zimmer des Barons, sagte Herr Wemperlein; er ist von der Fahrt sehr angegriffen; die Baronin meint, er siebere etwas, und der Baron hat ihm auf dem Sofa ein Lager zurecht gemacht, wie einer jungen Kate. Welchen Weg nehmen wir?

Ich denke, wir gehen durch den Wald, sagte Oswald.

Sie gingen über die Zugbrücke, die seit zwei Jahrhunderten nicht mehr ausgezogen werden konnte, durch die Lindenallee in den Wald, Herr Wemperlein und Oswald voran, Bruno und Julius folgten in einiger Entfernung. Bruno hatte den Arm um Julius' Nacken geschlungen, er hatte heute, oder wollte heute für nichts Interesse haben, als für seinen Freund, den er immer sehr geliebt und auf dessen braune Augen er mehr als ein Gedicht gemacht hatte, und den er jetzt in der Trennungskunde mit kümmerlichen Bärlichkeiten überhäufte.

Du wirst fortreisen, Julius, sagte er, und wenn du drei Tage fort bist, wirst du mich vergessen haben.

Ich werde dich nie vergessen, Bruno.

So? weicht du das gewiß? Da hast du ein besseres Gedächtnis, als Oswald — ich meine Herrn Doktor Stein. Der hat mir auch gesagt, daß er mich lieb hätte wie einen Bruder, und seit vorgestern Abend weiß er nicht mehr, daß ich auf der Welt bin. Jetzt erzählt er wahrheitsgemäß Herrn Wemperlein, daß er ihn wie seinen Bruder liebt; sieh nur, wie er ihm vertraulich den Arm gibt! Nach mir sieht er sich nicht einmal um. O, ich hasse ihn, ich hasse alle, alle — nur dich nicht, Julius! Während so der unglückliche Knabe seine Liebe und seinen Kummer in den Busen seines Freundes schüttelte, fühlte er, daß auch der ihn nicht verstände, und daß er allein, ganz allein sei auf dieser für ihn so freundlosen Erde.

(Fortsetzung folgt.)

Landwirtschaftskammer überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Daraus kann das Zentrum gegen die Sozialdemokratie um so weniger einen Vorwurf ableiten, als es selbst diese Taktik immer befolgt, wo nicht spezielle Parteinteressen ihm eine andere Taktik geraten erscheinen lassen. Wir erinnern nur an das Gesetz, durch welches die direkte Landtagswahl eingeführt wurde. Das Zentrum hat in Fragen der Volksrechte überhaupt kein Prinzip. Es ist für alle möglichen Wahlrechte, auch für die schlechtesten, zu haben, wenn es sich davon besondere Parteivorteile verspricht. Soeben haben seine Vertreter im oldenburgischen Landtag für das Pluralwahlrecht und gegen das direkte gleiche Wahlrecht votiert. Auch für das unbeschränkte gleiche Wahlrecht für die Landwirtschaftskammer ist das Zentrum nur dann, wenn es für seine Bauernvereine Vorteile bietet.

Der Anlaß, aus welchem die Zentrumsprelle jetzt gegen die Landwirtschaftskammer hegt, liegt in dem Beschluß derselben, eine Umlage zu erheben. Wie festgestellt wurde, kann bei dieser Umlage von einer Belastung der Landwirte keine Rede sein. Die große Mehrheit der Umlagepflichtigen hat nur einige Pfennige an Umlagen zu bezahlen. Aber selbst wenn es einige Mark wären, was würde das gegenüber der Tatsache bedeuten, daß dadurch die Landwirtschaftskammer in die Lage versetzt wird, der Landwirtschaft zu nützen und ihr Vorteile zu bieten, die andernfalls nicht geboten werden könnten? Was zahlen die Arbeiter an Beiträgen für ihre Organisation? 15—75 und mehr Mark pro Jahr. Dabei verdienen diese Arbeiter nicht oder nur selten mehr, als die Landwirte, vielfach viel weniger und dabei wohnen sie viel teurer und müssen die teuren Lebensmittel kaufen, während der Landwirt sich die Lebensmittel selbst produziert. Neben diesen Gewerkschaftsbeiträgen zahlen die Arbeiter noch solche für andere Organisationen, Krankenkassen usw., was eine stattliche Summe jährlich ausmacht. Die Arbeiter wissen, daß sie Opfer bringen müssen, wenn sie etwas erzielen wollen. Das Zentrum aber will seine Bauernpolitik fast ausschließlich auf Staatskosten betreiben. Bei den Staatssteuergesetzen sucht es immer Ausnahmestimmungen für die Landwirtschaft — und zwar in erster Linie für den Großgrundbesitz — zu machen. Die Interessen der Kleinbauern werden da nur vorgeschoben, um dem Großgrundbesitz Privilegien zu verschaffen. Für die steuerliche Schonung der Kleinbauern ist auch die Sozialdemokratie eingetreten; aber die Betriebskapitalien bis zu 20 000 Mk. steuerfrei zu lassen, während der Handwerker schon von 1000 Mk. ab sein Betriebskapital versteuern muß, ist einfach skandalös. So wälzt das Zentrum die Steuerlasten mehr und mehr auf die gewerbetreibende und an der Industrie beteiligten Bevölkerungsschichten, während die Großgrundbesitzer (die Zentrumsbarone, Grafen und Fürsten) Steuerprivilegien genießen.

Unsere Landwirtschaft hat viel zu spät die Notwendigkeit der Selbsthilfe erfaßt. Wenn sie jetzt dazu übergehen will, so soll man das nicht hindern, sondern fördern.

Aber das Zentrum tut das direkte Gegenteil, ihm sind gerade die Organisationen der Bauern, auf welche ihre ganze Zukunft beruht, die genossenschaftlichen, ein Dorn im Auge, wenn nicht die Zentrumsagitatoren das Heft der Organisation in der Hand haben. So schreibt der „Freiburger Bote“:

Dann gerät aber auch die Landwirtschaftskammer in eine ganz unüberrückte Abhängigkeit von dem Konsumvereine; Landwirtschaft und Konsumvereine haben in mancher Hinsicht kollidierende Interessen. Was soll man aber dazu sagen, daß die Landwirtschaftskammer nicht nur ihre Geschäftsräume ins Haus des Konsumvereins in Karlsruhe verlegt, sondern wie der „Pfälzer Bote“ versichert, diesem Verein auch sogar die Kassensführung anvertraut.

Der badische landwirtschaftliche Konsumvereinsverband ist die Konkurrenzorganisation des Zentrumsbauernvereins. Daraus erklärt sich die, von Reid und Sach diktierte Verdächtigung. Als ob es ein Schaden wäre, wenn die Landwirtschaftskammer ihre Geschäftsräume im Hause des Konsumvereins hat und seine Kassensführung diesem Verein anvertraut. Und dann die Behauptung, Landwirtschaft und landwirtschaftliche Konsumvereine hätten kollidierende Interessen! Da hört allerdings schon verschiedenes auf. Auf die Genossenschaftsidee wird und muß sich auch die Organisation der Landwirtschaft in der Zukunft aufbauen. Das Zentrum hat aber auch bei seiner Bauernpolitik nur seine Parteinteressen im Auge; daher seine Abneigung gegen diejenigen Bauernorganisationen, die sich nicht in den Dienst der Zentrumspolitik stellen.

Der freisinnige Kandidat von Lörrach-Land.

Man schreibt uns aus Lörrach: Nach einer gestern hier stattgefundenen stark besuchten öffentlichen Versammlung der freisinnigen Volkspartei, in welcher Herr Stadtrat Weill aus Karlsruhe in zweifelhafte Ausführungen über die politische Lage im Reich und in Baden referierte und größten Beifall fand, tagte eine Konferenz der freisinnigen Vertrauensmänner von Lörrach-Land, die nach ihrer Beratung einstimmig den Hauptlehrer Geradewohl für Lörrach-Land aufstellte.

Etwas über die Gendarmen-Gebühren.

Man schreibt uns: Als eine Arbeit hinterm „grünen Tisch“ hat sich die im Januar dieses Jahres herausgegebene Gebührenordnung für die Gendarmerie erwiesen.

Während sonst bei allen Beamtenkategorien — vom höchsten Posten bis zum niedrigsten — die Diäten und Reiseauslagen erheblich gestärkt worden sind, verdienen jetzt die Gendarmen nach den neuen Bestimmungen das Doppelte und Dreifache wie zuvor.

Jetzt erhält ein Gendarm für ein außerhalb der Station zu verrichtendes Geschäft eine entsprechende Diät und für jeden Kilometer Wegs 15 Pf. Ist somit ein Gendarm etwa um 2 Uhr mittags aufgebrochen, um in einem, sagen wir 10 Kilometer entfernten Orte Erhebungen zu machen, die gewöhnlich wenig umfangreich sind, und kommt er etwa um 6 oder 7 Uhr nach Hause, so erhält er für diesen Mittag vier Zehntel Diät mit 1,60 Mark + 2 × 10 Kilometer

a 15 Pf. = 3 Mk., zusammen also 4,60 Mk. an einem kurzen Nachmittag. Kommt er erst nach 8 Uhr nach Hause, so bekommt er 5,80 Mk. Nebenher hat er natürlich das Gehalt von täglich 3—4 Mk. Vorher erhielt ein Gendarm für einen solchen Nachmittag 1,60 Mk. bzw. 2 Mk.

Bei dieser Festlegung dieser sonderbaren Bestimmungen hat man am grünen Tische wohl ganz übersehen, oder nicht gewußt, daß der Gendarmerie fast tagtäglich Aufträge zu Erhebungen zugehen und somit jeder Gendarm monatlich allein 40—50 Mk. Diäten verdient. Nicht, daß man es ihnen vergönnte, nein, aber unwillkürlich drängt sich einem die Frage auf, wofür hat der Gendarm denn seinen Gehalt, wenn er für viele Geschäfte 3—5 Mk. extra erhält; denn die Geschäfte an seinem Stationsort werden ihn niemals voll beschäftigen; und ferner, könnten die Erhebungen nicht anläßlich der Patrouillen gemacht werden? Wenn doch gespart werden soll, warum wird hier gerade nicht nach dem Gelde gesehen?

Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. Febr.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Am Bundesratsstisch die Staatssekretäre Dr. v. Bethmann-Hollweg und Sydow.

Zunächst stand der Nachtragsetat betreffend die Verzinsung der für die ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse vorübergehend notwendigen Mittel auf der Tagesordnung.

Abg. Graf Kanitz (Lans.): Ich weise die neuerlichen Ausführungen des Abg. Kaempff zurück, die unsere Reichsbankenscheine diskreditieren können, da der Anschein erweckt wird, als ob sie keine Deckung hätten.

Abg. Arendt (Reichsp.) beantragt, diesen Nachtragsetat an Stelle des noch in der Kommission sich befindlichen Nachtragsetats als den 5. zu bezeichnen.

Nach unerschütterlicher Weitebehalte wurde der Nachtragsetat in dritter Lesung mit dem Antrag Arendts angenommen.

Dann wurde die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern beim Kapitel „Gesundheitsamt“ fortgesetzt.

Abg. Brühne (Soz.)

fordert eine gründliche Untersuchung über die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in den chemischen Fabriken. Ferner müßte das Reichsgesundheitsamt dafür sorgen, daß in schweren Krankheitsfällen genügend Ärzte vorhanden seien. Zustände, wie sie in Köln vorhanden seien, seien unhaltbar, und es wäre nötig, daß durch ein Schiedsgericht der Streit zwischen Ärzten und Kasse in Köln beigelegt werde. In der „Frankfurter Zeitung“ hat Prof. Fleisch geschrieben, daß die Ärzte in Köln Sieger bleiben möchten und daß sich nur ein kleiner Teil von Streikbrechern finden würden. Wir haben nichts gegen die Organisation der Ärzte einzuwenden, denn auch sie haben unter den Verhältnissen wie die anderen Staatsbürger zu leiden. Aber Leben und Gesundheit darf doch nicht aufs Spiel gesetzt werden. Das Reichsgesundheitsamt könne vielleicht dazu beitragen, daß der Streit bald beigelegt wird. Ferner müßte das Reichsgesundheitsamt dafür sorgen, daß die Verordnungen zum Schutze der Arbeiter und der Jugendlichen auch wirklich befolgt werden. Die jetzige Aufsicht reiche nicht aus. Es müßten die Gewerbeaufsichtsbeamten auch aus den Reihen der Arbeitnehmer genommen werden.

Abg. Dr. Mugdan (fr. Volksp.): Die Verordnung betreffend den Verkauf von Essigsäure bedarf dringender Aenderung. Die Lage der Apotheker ist durchaus nicht glänzend. Die Vorschriften über den Drogenhandel müssen geändert werden.

Präsident des Reichsgesundheitsamts Summ: Ein Monopol der Apotheker für den Verkauf der Essigsäure besteht nicht. Auf unsere chemische Industrie blickt die ganze Welt mit Bewunderung. Ob die hygienischen Verhältnisse dort wirklich so sind, muß nachgewiesen werden. Vergiftungen sind in diesen Betrieben allerdings verhältnismäßig häufig. Unser Augenmerk ist ihnen daher dauernd zugewandt. Zu den Revisionen der Drogerien werden künftig wieder Drogisten hinzugezogen werden. Zur Verhütung von Bleiweißvergiftungen sind mehrere Bundesratsverordnungen ergangen. Ein vollwertiger Ersatz für Bleiweiß ist bisher nicht gefunden.

Abg. Hoth (Soz.): Die Darstellung, als ob in Köln die Krankenschwesternstände nicht im Einvernehmen mit den Kassennützlichen handelten, ist nicht richtig.

Das Kapitel wurde darauf bewilligt.

Beim Kapitel „Patentamt“ wünscht Abg. Dr. Gund (natl.) baldige Vorlegung eines neuen Patentgesetzes, dessen Notwendigkeit vom Reichsamts des Innern wiederholt anerkannt sei. Das Erfinderrecht der Angestellten müsse in dem neuen Gesetz geregelt werden.

Abg. Dove (fr. Ver.): Mit dem geringen Personal im Patentamt kann nicht weitere gewirksamkeit werden. Vor allen Dingen ist aber eine organische Reform notwendig.

Staatssekretär Dr. v. Bethmann-Hollweg: Die Vorarbeiten zur Reform des Patentgesetzes und einer organisatorischen Aenderung im Patentamt sind so weit gediehen, daß jetzt mündliche Verhandlung zwischen den beteiligten Ressorts gepflogen werden kann. Ueber die Handhabung des englischen Patentgesetzes wird in nicht zu ferner Zeit Klarheit geschaffen, sodas seine Tragweite für die deutsche Industrie beurteilt werden kann. Das deutsche Gesetz wird gegenüber dem englischen Patent nicht allzu streng gehandhabt.

Das Kapitel Patentamt wurde sodann nach den Beschlüssen der Budget-Kommission genehmigt.

Es folgt das Kapitel Reichsversicherungsamt.

Abg. Erzberger (Zentr.) fragt, wie weit die Vorarbeiten zur Beseitigung der Vorwurfsleistung in die Berufsgenossenschaften gehoben seien. Die Kapitalien des Reichsversicherungsamtes sollen mehr für Verbesserungen der Arbeiterwohnungen Verwendung finden. Den Baugesellschaften sollten diese Gelder auch auf zweite Hypotheken gegeben werden. Für die Krankenpflege und Einstellung von Diakonissen auf dem Lande müssen Gelder flüssig gemacht werden. Die Heilstätten sollten mit einem in konfessioneller Hinsicht paritätisch zusammengesetzten Pflegepersonal versehen werden.

Abg. Bömelburg (Soz.):

Ich werde mich mit Rücksicht auf die kleine Zahl der anwesenden Kollegen sehr kurz fassen. (Seitertzeit und Erato!) Die Unfallstatistik läßt nicht erkennen, wie sich die Unfälle auf die einzelnen Berufe verteilen. Sie ist veraltet und muß neu geordnet werden. Die Berichte der Gewerbeinspektoren sind

gedruckt, aber dem Reichstage nicht zugänglich gemacht worden. Da sie sehr teuer zu kaufen sind, möchte ich anregen, den Reichstagsabgeordneten sie regelmäßig zuzustellen. Die Berichte der technischen Aufsichtsbeamten über die Unfälle in den Berufsgenossenschaften sind mehrfach so kurz, daß es ein wahrer Lohn ist und man aus den Berichten gar nichts erfahren kann. Erfreulich ist, daß das Amt versucht, mehr Fühlung mit der Wirklichkeit zu erhalten. Vielfach ist man mit den Interessenten in Verbindung getreten und ich möchte nur dem Wunsch Ausdruck geben, daß das Reichsversicherungsamt auf diesem Wege noch weiter gehen möchte. Ohne Zweifel wäre es von Vorteil, wenn das Reichsversicherungsamt zusammen mit den Berufsgenossenschaften und den Arbeitervertretern in der Lösung der Unfallverhütung arbeiten würde. Weiter wünschte ich, daß in die Unfallverhütungsvorschriften etwas mehr Einseitigkeit kommt.

Abg. Vogel (natl.) erörtert die Frage eines Reichsberggesetzes. Er wurde zur Sache gerufen und fuhr fort, ich möchte nur anregen durch Unfallverhütungsvorschriften für den Bergbau schon jetzt einen wirksamen Arbeiterschutz für den Bergbau zu schaffen.

Ministerialdirektor Caspar: Konfessionelle Unterschiede werden von der Landesversicherungsanstalt nicht gemacht. Eine Revision der Unfallstatistik ist in Vorbereitung. Eine unfallversicherungsstechnische Ausbildung wird den Schülern der technischen Lehranstalten gegeben werden.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Erzberger und Dr. Mugdan wurde das Kapitel „Reichsversicherungsamt“ bewilligt.

Es folgt das Kapitel „Kanalamt“.

Abg. Dr. Leonhart (fr. Vp.): Zu erwägen ist, ob nicht besser die Hochbrücke über den Kaiser Wilhelm-Kanal zweigleisig ausgebaut werden kann, statt neue Brücken anzulegen.

Abg. Carlsen (fr. Vp.): Die Kanalbetriebsordnung des Reichs für den Kaiser Wilhelm-Kanal bedarf dringend der Revision. Das Monopol des Reichs sollte aufgehoben werden.

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.): Die Bevorzugung ausländischer Arbeiter für die Kanalbauten ist zu beklagen. Das Kapitel Kanalamt wurde dann in der Kommissionsfassung bewilligt. Es folgt das Kapitel „Aufsichtsamt für Privatversicherung“.

Abg. Marcour (Zentr.) empfiehlt eine Resolution seiner Partei gegen die Abonnementversicherung.

Abg. Wassermann (natl.): Die Beseitigung dieses Uebelstandes in der Presse ist doch nicht so einfach. Ein Versicherungsgesetz wäre ein geeigneterer Boden zu ihrer Bekämpfung als das Pressegesetz. Ein prinzipielles Verbot der Abonnementversicherung wird nicht durchführbar sein. Man sollte sie aber konfessionspflichtig machen. Er beantrage Erhebungen über die Mißstände.

Ministerialdirektor Caspar: Es werde eine Denkschrift vorgelegt werden, die zu unterscheiden haben wird zwischen Versicherungen, die von den Zeitungen zugunsten der Abonnenten mit beauftragten Gesellschaften abgeschlossen sind, und solchen, die die Gesellschaften direkt übernehmen. Ueber die letzteren wird die Denkschrift weitere Erhebungen bringen.

Die Resolutionen Dr. Frank-Wannheim (Soz.) und Wiesbach (Zentr.) verlangen ebenfalls Schutz der Bevölkerung gegen die Auswüchse der Abonnementversicherung.

Das Kapitel wurde bewilligt. Ueber die Resolution wird bei der 3. Lesung abgestimmt. Der Rest des Etats wird ohne wesentliche Debatte bewilligt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. Postdampfschiffverbindungen, Etats des Reichstags und des Reichseisenbahnamts.

Aus der Partei.

Zu den Offenburger Stadtverordnetenwahlen schreibt neuerdings der „Vorwärts“:

„Die Mannheimer Volksstimme“ hat bemängelt, daß dem „Vorwärts“ über die Stadtverordnetenwahlen der 3. Klasse zu Offenburg gemeldet wurde, daß der sozialdemokratische Stimmzettel auch Namen aus dem demokratischen Lager enthielt, während in Wirklichkeit neben neun Sozialdemokraten und vier Demokraten auch fünf ausgesprochene Nationalliberale darauf standen. Wir finden das leider bestätigt. Anläßlich des Essener Falles haben wir kürzlich erklärt, daß in Ausnahmefällen, wenn es sich darum handelt, eine dringende Gefahr — z. B. die absolute Mehrheit einer mit besonders niederträchtigen Mitteln kämpfenden Partei — zu verhindern, ein Stichwahlabkommen mit den Nationalliberalen erträglich sein kann. Ob solche dringende Gefahr in Offenburg vorlag, ist uns nicht bekannt. Inbes ist das Zusammengehen mit Nationalliberalen im ersten Wahlgang unter allen Umständen zu vermeiden.“

Wir müssen unsere Offenburger Genossen gegen diese Kritik des „Vorwärts“ an der von ihnen bei den Gemeindevahlen befolgten Taktik in Schutz nehmen. Der „Vorwärts“ urteilt hier ohne nähere Kenntnis der Verhältnisse, die bekanntlich unsere Wahltaktik bestimmen. In Offenburg liegt die Sache bei den Gemeindevahlen unter der Herrschaft des jetzt noch bestehenden Wahlrechts so, daß unsere Genossen nur die Wahl haben, entweder in einen völlig aussichtslosen Wahlkampf einzutreten und damit dem Zentrum die absolute Mehrheit auf dem Rathaus zu garantieren, oder mit den Liberalen Parteien zusammen einen Kompromiß abzuschließen. Stichwahlen gibt es bei den badischen Gemeindevahlen nicht, da die relative Mehrheit entscheidet. Unsere Offenburger Genossen haben also eine durchaus einwandfreie Taktik befolgt. Es ist der „Volksstimme“ deshalb auch gar nicht eingefallen, an dieser Taktik Kritik zu üben, sie hat sich lediglich gegen die irreführende Berichterstattung des „Vorwärts“-Korrespondenten gewendet, der dem „Vorwärts“ berichtete, in Offenburg sei in der 3. Klasse eine sozialdemokratische Liste aufgestellt gewesen, „auf der auch die Namen einiger Demokraten standen“. Der „Vorwärts“-Korrespondent hat mit dieser die Tatsachen entstellenden Berichterstattung den falschen Schein erweckt, als ob unsere Genossen selbständig vorgegangen seien und sozusagen nur aus Grobmut auch einige Demokraten mit auf ihre Liste genommen hätten, während diese Listetatsächlich eine Kompromißliste (Großblockliste) war und unter 18 Kandidaten die Namen von 8 Sozialdemokraten neben solchen von 5 Demokraten und 5 Nationalliberalen enthielt. Es sollte durch diese falsche Berichterstattung offenbar verhütet werden, daß man in

Berlin und anderwärts erfährt, wie man auch in dem „radikalen“ Offenburger „revisionistisch“ sein kann, wenn die Verhältnisse es gebieten. Wir in Baden kennen den Offenburger „Radikalismus“, aber in Berlin kennt man ihn noch nicht. Mit Zug und Recht hat deshalb die „Volksstimme“ die tendenziöse Berichterstattung an den „Vorwärts“ über die Offenburger Wahl kritisiert. Auch der „Vorwärts“ sollte seine Kritik nicht gegen die „durchaus berechtigten“, weil den Verhältnissen entsprechende Taktik unserer Offenburger Genossen richten, sondern gegen die die Tatsachen verschweigende und deshalb irreführende Berichterstattung seines Korrespondenten.

Vorstehendes war schon geschrieben und gesetzt, als wir die Samstag-Nummer des „Vorwärts“ erhielten, in welcher dieser zu den Offenburger Stadtverordnetenwahlen neuerdings bemerkt:

„Unsere gestrigen Bemerkungen zu diesem Gegenstand sind in einem Punkte zu korrigieren. Bei den badischen Gemeindevahlen gibt es keine Stichwahlen, sondern die absolute Mehrheit entscheidet. Das Abkommen unserer Genossen mit den Nationalliberalen wäre also nicht anders wie das Stichwahlabkommen in Essen zu beurteilen, wenn derselbe zwingende Grund wie dort vorgelegen hat. — Uebrigens wird uns mitgeteilt, daß nicht alle Genossen Offenburger mit diesem Abkommen einverstanden waren und erst zu spät davon erfuhren. Daher entstand auch der Irrtum unseres Korrespondenten, daß nur Demokraten auf den sozialdemokratischen Stimmzettel genommen seien.“

Die Behauptung des „Vorwärts“-Korrespondenten, als handle es sich bei ihm nur um einen Irrtum, wenn er schrieb, in Offenburg sei eine sozialdemokratische Liste aufgestellt worden, klingt angesichts der Tatsache sonderbar, daß schon vor 3 Jahren in Offenburg derselbe Kompromiß mit demselben negativen Erfolg abgeschlossen wurde. Auch der Redakteur des „Volksblatts“ in Offenburg will sich damit herausreden, daß er von diesem Kompromiß keine Kenntnis gehabt und erst sehr spät davon Kenntnis bekommen habe. Ja, kann denn in dem „radikalen“ Offenburger Vorstand des sozialdemokratischen Vereins auf eigene Faust solche Verhandlungen eingeleitet und solche Kompromisse abgeschlossen, ohne zuvor die Zustimmung der Parteigenossen einzuholen? Wurde dort der Redakteur des Parteiblattes wirklich nichts um die Kompromißpläne? Anderwärts wäre so etwas undenkbar. Wenn dem aber in Offenburg so ist, ei so lasse man endlich die Kritikfastei gegenüber anderen und fange bei sich selbst an zu bessern.

Ein bürgerliches Blatt über Katalie Viehnecht. Die „Berliner Volkszeitung“ widmet der Verstorbenen folgende Zeilen: „In dieser Frau, der geistig regamen, hochgebildeten Geschäftsin Viehnecht, lebte etwas von einer Heldin, allerdings nicht von jener geräuschvollen Art, wie sie durch die offizielle Geschichtsschreibung zu laufen pflegt. Die Verstorbenen hat als die Gattin eines von der Reaktion vielfach und brutal Verfolgten schwere Jahre durchgemacht, wobei manche andere Frau mutlos und verzweifelt zusammengebrochen wäre. Frau Viehnecht war aber wie ihr Gatte selbst durch den Kampf gleichsam gestählt worden, und so war sie in den langen Jahren, da Viehnecht um seiner politischen Anschauung willen seiner Freiheit beraubt war, der starke Stütze der Familie. Durch Not und Tribulation hindurch wußte sie sich hindurchzukämpfen und ihrem Manne eine verständnisvolle Stütze, ihren Kindern eine treuherzige Mutter zu sein. Ehre sei dem Andenken dieser tapferen und trefflichen Frau!“

Beil. i. B. 9. Febr. Die Abendunterhaltung des Arbeiter-Madfabriker-Vereins, welche am letzten Samstag im „Schwanen“ abgehalten wurde, war sehr zahlreich besucht. Daß die Leistungen des noch jungen Vereins vorzügliche waren, bewies der Beifall bei jeder Nummer des Programms. Die Zwischenpausen wurden durch Musikvorträge der slowenischen Streichmusik ausgefüllt. Auch verband es der Festredner, Bezirksleiter Moser von Bötzing, in kurzen, aber feinen Worten die Vorgänge des Arbeiter-Madfabriker-Vereins „Solidarität“ gegenüber dem „Deutschen Madfabriker-Bund“, sowie die Bedeutung des Wortes „Solidarität“ klar und deutlich auszusagen. Mit Rücksicht auf die auswärtigen Gäste reichte der Verein beim Bezirksamt in Schönau ein Gesuch ein um Aufhebung der Polizeistunde. Leider wurden wir um 4 Uhr durch die Polizei gezwungen, Feierabend zu machen, und konnten nun die fremden Gäste sehen, wo sie sich bis zur Abfahrt des ersten Zuges herumtreiben.

Kommunalpolitik.

Die 9stündige Arbeitszeit für städtische Arbeiter. Mannheim, 13. Febr. Auf Antrag des Gesamtausschusses der städtischen Arbeiterschaft beschloß der Rat, in den städtischen Betrieben, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die neunstündige Arbeitszeit, und zwar zunächst probeweise auf ein Jahr einzuführen. Der Weg von und zur Arbeitsstelle darf in die Arbeitszeit nicht eingerechnet werden.

Die Karlsruhe' Stadtverwaltung hat den schon wiederholt gestellten Antrag der sozialdemokratischen Bürgerausschussfraktion regelmäßig abgelehnt. Sollte in Karlsruhe nicht möglich, was in Mannheim zugebilligt wird?!

Mannheim, 12. Febr. Der Umlagefuß für das Jahr 1909 wurde vom Stadtrat auf 32 Pf. festgesetzt und bestimmt, daß mit der Kostanschlagsberatung im Bürgerausschuß am 16. März 1909 begonnen werden soll. Das bedeutet 1/2 Pfennige mehr als bisher.

Aus den nicht in Anspruch genommenen Mitteln des Jubiläumsfonds im Betrag von 151 000 Mk. soll, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses, zum Gedächtnis an den Schöpfer der Handelsschule unter der Bezeichnung „Otto Wed-Fond für die Handelsschule“ eine besondere Stiftung gegründet werden, deren Erträgnisse den Zwecken dieser Anstalt gewidmet sind.

Gießelberg, 12. Febr. Gegen die Bürgerausschusswahl in der 3. Wählerklasse ist von seiten der „Freien Bürgervereinigung“ heute ein Wahlprotest eingereicht worden. Derselbe stützt sich auf verschiedene bei der Wahl vorgekommene Verstöße gegen die Wahlordnung.

Nachträge zum Nixdorfer Wahlrechtsraub. In der letzten Sitzung der Nixdorfer Stadtverordnetenversammlung hatte die sozialdem. Fraktion den Antrag eingebracht, daß der Magistrat Mittelungen über die Erhebungen machen soll, die er anlässlich seiner zumittenden Stellungnahme zu dem Ortsstatut, das die Neueinteilung der Wahlklassen bezweckt, vorgenommen hat. Bei der Begründung des Antrags durch den Genossen Rogger kam es zu heftigen Zusammenstößen mit der Mehrheit und dem Stadtverordnetervorsitzer, als er die Mehrheit Wahlrechtsräuber nannte. Genosse Dr. Silberstein versprach später, das Wort „Wahlrechtsräuber“ nicht mehr gebrauchen zu wollen; er behauerte aber, kein Wort finden zu können, das das standalöse Verhalten der bürgerlichen Parteien genügend brandmarkte. Man rief ihm zu: „Sagen Sie doch „politische Kravattennmacher“. Der Magistrat nahm überhaupt nicht das Wort zu dem Antrag. In namentlicher Abstimmung wurde schließlich der Antrag eines bürgerlichen Stadtverordneten auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Badische Chronik.

Burlach.

— Öffentliche Versammlung. Die gemeinsam vom Gewerkschaftsrat und sozialdemokratischen Verein am letzten Donnerstag Abend nach dem „Ramm“-Saale einberufene öffentliche Versammlung war nur mäßig besucht. An Stelle des verhinderten Gen. Willi sprach Gen. G. H. H. Karlsruher über „Die Gewerbeordnungsnovelle und den Ausbau der Invalidenversicherung“. In einstimmigen temperamentvollen Ausführungen zeichnete Redner in großen Umrissen die Forderungen, welche die Arbeiter an die Gesetzgebung stellen müssen, um die Berufshilfe auf dem Gebiete des Arbeiterchutzes zu beseitigen und ein einheitliches Arbeiterrecht zu schaffen. Auf die Versicherungsfrage eingehend gab Redner mit einigen markanten Strichen ein Bild von der Ungünstigkeit derselben, insbesondere auf dem Gebiete der Invalidenversicherung; niedrige Renten unter fortwährender Einschränkung der Möglichkeit, in den Genuß derselben zu gelangen auf der einen Seite, Ansammlung ungeheurer Kapitalien (zurzeit circa 1 1/2 Milliarden Mark) ohne erkennbaren Zweck auf der andern Seite. In Bezug auf die Witwen- und Waisenversicherung sei wohl noch nie auf sozialpolitischem Gebiete eine solche Komödie aufgeführt worden, als die, welche Regierung und Zentrum seit dem Zolltarifstempel von 1902 mit dem § 15 des Zolltarifgesetzes aufführen, denn das sieht für jeden Einsichtigen fest, daß die Einführung einer Witwen- und Waisenversicherung auch bei den allerbesten Renten auf dieser Grundlage (Verwendung eines Teils der Einnahme aus den Lebensmittelpöllen) unmöglich sei. Die beiden vorgelegten Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

— Keinen Maskenzug. Der Eiserrat der hiesigen Carnevalsgesellschaft hat, wie bekannt wird, beschlossen, dieses Jahr keinen Maskenzug zu veranstalten, er wird dafür am Faschingssonntag eine Damenfeier abhalten.

Freiburg.

— Aus der letzten Stadtratssitzung. Der Entwurf eines Vertrages über die Ablösung des Holzbezuges der kath. Pfarrgründe behen (jährlich 28 1/2 Ster Scheitholz) als Rechtsnachfolgerin der ehemaligen Gemeinde Wehenhausen wird vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses genehmigt. — Der vom Bezirksamt dem Stadtrat mitgeteilte Entwurf einer ortspolizeilichen Vorschrift für die Stadt Freiburg, betreffend den Verkauf von Rindermilch und den Betrieb von Milchverkaufsstellen wird die Zustimmung erteilt. — Der Stadtrat ist der Süddeutschen Gesellschaft für staatswissenschaftliche Vorbildung namens der Stadtgemeinde beigetreten. — Dem hiesigen Verein für arme Wöchnerinnen und dem Hilfsverein Deutscher Reichsangehöriger zu Prag sollen — vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses — auch für das Jahr 1909 die bisherigen städtischen Steuern von 300 Mk. und 30 Mk. bewilligt werden. — Dem Verkehrsverein für Freiburg im Breisgau und dem Schwarzwaldberein wird — vorbehaltlich des Bürgerausschusses — auch für das Jahr 1909 die bisherige Beifahrer im Betrage von 3000 Mk. bewilligt. — Im Jahre 1908 sind beim Gemeindericht 1634 Zahlungsbefehle, 794 Vollstreckungsbefehle, sowie 68 Arrest- und einstweilige Verfügungen erlassen worden. Anhängig waren 1988 bürgerliche Rechtsstreite, wovon 629 durch Vergleiche usw., 1298 durch Entscheidung erledigt wurden. Von den Berufungen auf den ordentlichen Rechtsweg wurden 23 Fälle durch Bestätigung, 17 durch Abänderung und 47 auf sonstige Art erledigt. — Dem Bürgermeisteramt als Vergleichsbehörde bei Sühneverhandlungen über Verleumdungen und Körperverletzungen waren 666 Fälle anhängig, von welchen 139 durch Vergleich und 97 auf sonstige Art erledigt wurden, während in 422 Fällen der Sühnevertrag erfolglos war. — Nach dem Jahresbericht 1908 des öffentlichen Untersuchungsamtes wurden im ganzen 1649 Untersuchungen ausgeführt. Davon entfallen auf Nahrungs-, Genussmittel und Gebrauchsgegenstände 1381, bakteriologische, chemische usw. Prüfungen 148, technische Untersuchungen 80. Von den zur Untersuchung gelangten Ausführungen wurden veranlaßt durch Staatsanwaltschaft, Polizei und Gerichte 1227. Durch Zivilfreiheitsverfahren wurden veranlaßt 4 Fälle, 32 durch Konsumenten, 386 durch sonstige Interessenten, darunter 61 für Zoll- und Steuerbehörden. Zu beanstanden waren 388 Proben. — Vom Schulgarnatz wird berichtet, daß von ihm im Monat Januar d. J. 339 Schulkinder untersucht und 481 behandelt wurden. Die Zahl der Behandlungen, Füllungen, Extraktionen und Konsultationen beträgt 551. — Das am 28. April 1908 dem Betrieb übergebene Volkshaus im Stühlinger Volkshaus war bis Ende 1908 von 13 308 Personen benützt worden. Wäber wurden abgegeben 7067 Brause- und 6241 Wannenbäder. Auf die Männer entfallen 6286 Brause- und 3374 Wannenbäder; auf die Frauen 801 Brause- und 2867 Wannenbäder.

Obermaien, 14. Febr. Ein Messerheld, der 18-jährige Benedikt Günterl war mit einem Aechte in Streit geraten. Der 31 Jahre alte Schreiner Staub wollte den Streit schlichten und erhielt hierbei von Günterl einen Stich in den Arm, wodurch die Schlagader getroffen wurde. Staub verblutete sich in kurzer Zeit. Er hinterläßt in sehr ärmlichen Verhältnissen eine Witwe und 4 Kinder.

Ball, 14. Febr. Scharlach. Die hiesige Volksschule wurde gestern auf Anordnung des Bezirksarztes wegen Ausbruchs von Scharlachfieber geschlossen.

Triberg, 14. Febr. Ein bedauerlicher Fall von Blutvergiftung findet hier allgemeine Teilnahme. Die

Frau des Bahnarbeiters Duffner hatte an der Unterlippe ein kleines Geschwür, dem sie aber keine Beachtung schenkte. Als die Schmerzen anfangen größer zu werden, holte man ärztliche Hilfe, aber auch die hierauf angeordnete Unterbringung in eine Klinik konnte nicht mehr erfolgen, da die Erkrankte einem Kinde das Leben schenkte. Bald darnach starb sie infolge der Blutvergiftung. Das Kind ist am Leben.

Sülzbrunn, 14. Febr. Ein Unglück ereignete sich vorgestern bei einem Zimmerbrande, der in der Wohnung der Familie Duffner zur Spiegelhaube entstand war. Das dreijährige Kind der Familie lag in dem Zimmer, in welchem das Feuer entstand war, und erlitt infolge des starken Rauches den Erstikungstod.

Donauessingen, 14. Febr. Ausstellung. Am den Brandgeschädigten Gelegenheit zur Beschaffung preiswerter und gefälliger Möbel zu geben, ist eine Ausstellung von Möbeln und Gegenständen der gesamten Wohnungs-Einrichtung geplant. Die Ausstellung wird an Ostern eröffnet werden und 4 Wochen dauern.

Lörrach, 14. Febr. Verhaftet wurde dieser Tage ein erst vor wenigen Tagen aus der Schweiz zugereister Uhrmacher wegen Betrugsversuchs und Geldfälschung in Haltingen. Er hatte in Gesellschaft mit einem schätigen Maschinenschlosser aus Bern, der noch knapp die Schweizergrenze vor der drohenden Verhaftung erreichen konnte, in den Wirtschaften Lörrach zum Verkauf angeboten, die sie unterzollt aus der Schweiz eingeführt haben. Die Uhren sind minderwertige Fabrikate, für die sie zuerst 18, dann später 8 Mark verlangt hatten, weil sie Reifegehölz nötig hätten, um nach Freiburg zu fahren. Die Genbarmerie glaubt in der Verhafteten einen Komplizen der Diebestände zu haben, die in Sträßburg den großen Uhren- und Goldwarenhandel begangen hat.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 15. Febr.

Die Badische Bauarbeiterkonferenz welche gestern im großen Mathausaale hier tagte, nahm einen sehr interessanten Verlauf. Heintz-Pamberg sprach über den gesetzlichen Bauarbeiterschutz, Horter-Mannheim über den Bauarbeiterschutz in Baden und Stuttgart über Kleinfachvergiftung. Auf der Konferenz waren 19 Orte mit 75 Delegierten vertreten. Auch ein Regierungsvorsteher war anwesend. Ausführlicher Bericht folgt.

Das Begnadigungsgesuch des Chefredakteurs Herzog abgewiesen.

Die Entscheidung im Falle des Chefredakteurs Albert Herzog bezüglich des Strafvollzuges des gegen ihn ausgesprochenen Urteils im Prozeß Molitor-Herzog ist nunmehr ergangen. Auf ärztliches Anraten hatte Herzog bei dem Großherzog ein Gnadengesuch eingereicht mit der Bitte, die gegen ihn erkannte Gefängnisstrafe von 1 Jahr mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand in eine entsprechende Festungshaft umzuwandeln zu wollen. Aufgehört hatten, wie schon in der Tagespresse mitgeteilt wurde, der Berliner Journalisten- und Schriftstellerverein, sowie der deutsche Schriftstellerverband auch ihrerseits die Begnadigung des Verurteilten durch eventuelle Umwandlung der Haft in eine Geldstrafe nachgesucht. Diese Gnadengesuche sind jetzt mit Staatsministerialentscheidung vom 8. Februar durch den Großherzog abschlägig beschieden worden. Es bleibt also bei der erkannten Gefängnisstrafe. Auf den in der Begründung der Gnadengesuche hingewiesenen Gesundheitszustand Herzogs soll dabei entsprechende Rücksicht genommen werden.

Soweit die Tatsachenmessung. Wir brauchen, wenn wir die Nichtbegnadigung Herzogs einer Kritik unterziehen, wohl nicht erst unsere Stellung zu dem Platte, dem Herr Chefredakteur Herzog vorsteht, des näheren zu präzisieren. Dies ist unseren Lesern bekannt. Aber darum handelt es sich im vorliegenden Falle nicht. Auch nicht darum, wie sich die Sozialdemokratie im allgemeinen zu Begnadigungen stellt. Es kommt in Betracht, daß der Großherzog die Milderung eines Urteils abgelehnt hat, das zweifellos eine ungemeine Härte gegen einen Vertreter der Presse darstellt. Ein Jahr Gefängnis wegen eines Preshdeliktes wird nur ausgesprochen, wenn außerordentlich belastende Umstände vorliegen. Ob und in welchem Umfange sie vor 1 1/2 Jahren vorlagen, darüber braucht heute nicht mehr diskutiert zu werden. Fräulein Olga Molitor hat in einem späteren Stadium alle noch schwebenden Beleidigungsklagen zurückgezogen, sie hat auch im Falle Herzog neuerdings erklärt, daß ihr an einer Strafverbilligung Herzogs nichts gelegen sei, und trotzdem hat man von der Umwandlung der Gefängnisstrafe in eine Festungshaft — wie Herzog bat — abgesehen.

Das fordert zu Vergleichen herans, die keineswegs günstig für das badische Ministerium — es handelt sich um eine Staatsministerialentscheidung — ausfällt. In Berlin hat man nämlich die Strafe des Redakteurs Schmidt von der „Berliner Morgenpost“, die 9 Monate Gefängnis betrug und ebenfalls wegen Beleidigung von Olga Molitor ausgesprochen wurde, in eine Geldstrafe umgewandelt. Wohlgerneht in Berlin! Den gleichen Weg ist man im liberalen Mutterlande nicht gegangen.

Man scheint ganz außer Acht gelassen zu haben, daß die Presse, selbst wenn sie in dem einen oder anderen Falle jeß greift, nicht private, sondern öffentliche Interessen vertritt. Man konnte auch im vorliegenden Falle sagen: Die „Badische Presse“ ist mit ihrer Kritik im Falle des Frä. Olga Molitor zu weit gegangen. Aber dem Redakteur mußte der gute Glaube an die Nichtigkeit seines Handelns zugeprochen werden. Und wenn man das tat, konnte man nicht zu dem harten Urteile kommen. War dieses Urteil aber nun einmal gefällt, dann durfte man die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, es zu mildern. Dies ist unser Standpunkt, der sicher von dem größeren Teil der Bevölkerung gebilligt werden dürfte.

Aus der Gartenstadtbeziehung.

Wieder hat die Gartenstadtbeziehung erfreuliche Fortschritte gemacht. Im Verlauf des letzten Jahres waren bereits zu den beiden ältesten Gartenstadtprojekten bei Karlsruhe und Dresden weitere Gründungen in Nürnberg hinzugekommen. Hierzu

Fortsetzung auf der 7. Seite.

schwebende Wandernmal, das Schwebenden der alten Reichsstraße, soll ohne zwingende Notwendigkeit einem Neubau Platz machen, der angeblich gerade so schön, aber für die modernen Verhältnisse nicht geeignet ist.

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe.

Mittwoch, den 17. Februar, abends präzis halb 9 Uhr, in der Restauration Rutschmann

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vorschläge des Ausschusses betr. Konstituierung der Landtagswahl-Komitees, Frauenagitation u. Bildungsfrage. 2. Beratung der Anträge zum Landesparteitag.

Der Vorstand.

Arbeiter-Diskussions-Klub

Deutscher Humor (ein lustiger Abend).

am Mittwoch, den 17. Februar, abends halb 9 Uhr, im großen Saal der „Eintracht“.

Mitwirkende: Hofschaulpielerin Fel. Delfand, die Hofschaulpieler Herz und Krones, sowie ein Puppentheater.

Der Vorstand.

Deutscher Verein für Volkshygiene. (Ortsgruppe Karlsruhe).

Donnerstag, den 18. Februar ds. Js., abends 9 Uhr im großen Rathssaal

Vortrag

des Herrn Dr. Rühmheld, Beführer und Leiter des Sanatoriums „Schloß Hornegg“ am Neckar.

Thema: Blut und Blutgeheimnisse.

Eintritt für Jedermann frei. Auch Damen sind freundlichst eingeladen.

Gewerbe- und Vorschussbank

Karlsruhe, Zirkel 30

bewilligt Darlehen auf bestimmte Zeit gegen Personbürgschaft oder Hinterlegung von Wertpapieren, gewährt Kredite in laufender Rechnung (Konto-Korrent).

Städt. Badanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.

Badezeit:

- a) Vom 1. Mai bis 31. August: morgens von 7-1 Uhr und nachmittags von 1/2-1/2 Uhr.
b) In den Monaten April bis September: morgens von 1/2-1 Uhr und nachmittags von 1/2-3 Uhr.
c) Vom 1. Oktober bis 31. März: morgens von 8-1 Uhr und nachmittags von 1/2-8 Uhr.

Für Abonnenten ist die Schwimmhalle morgens eine halbe Stunde früher geöffnet. Zur Benützung der Bäder durch Frauen sind vorgesehen:

- a) Für das Schwimmbad jeden Wochentag vormittags von 9-11 Uhr und am Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag nachm. von 1/2-1/2 Uhr, sowie am Freitag abends von 6-1/2 Uhr, bezw. von 6-7 Uhr.
b) u. d) Für Heissluft- und Dampfbäder, elektr. Lichtbäder und Kurbäder Montag und Mittwoch vormittags und Freitag nachmittags.
c) Wannbäder und Kohlensäurebäder werden zu der allgemeinen Badezeit an Frauen und Männer abgegeben.

Kassenschluss jeweils 1/2 Stunde vor den angegebenen Schlussbadezeiten.

Preise der Bäder:

Table with columns for 'Ein-zeln', 'Ab-ment', and 'Preis'. It lists various bath types like Schwimmbäder, Heissluft- und Dampfbäder, Elektr. Lichtbäder, and Wannbäder with their respective prices.

Anmerkung: Die Anstalt bleibt am Neujahrstag, Karfreitag, Ostersonntag, Himmelfahrtstag, Pfingstsonntag, Fronleichnamstag und Christtag während des ganzen Tages, an den Sonntagen, Ostermontag, Pfingstmontag, Allerheiligen, Stefanstag und Fastnachtsdienstag während des Nachmittags von 1 Uhr an und am 24. Dezember (Weihnachtsabend) sowie am 31. Dezember (Silvesterabend) von 5 Uhr an geschlossen.

Das Rauchen im Badgebäude und das Mitbringen von Hunden dahin ist untersagt.

Bekanntmachung.

Rundgegenstände betr. In der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Oktober 1908 wurden in den Wagen der elektrischen Straßenbahn gefunden: Schirme, Stöcke, Handschuhe, Fahrscheinhefte, Geldbeutel mit und ohne Inhalt, Kleidungsstücke, Brillen, Knöpfe, Schmuckgegenstände, Bücher, Schlüssel u. a.

Karlsruhe, den 12. Februar 1909. Städt. Straßenbahnamt.

Dürkopp advertisement featuring a bicycle image and text: 'Dürkopp-Räder sind von absoluter Haltbarkeit. DÜRKOPP & CO. A.-G. BIELEFELD.'

Dr. Dieckmann advertisement: 'Durlacher Allee 21, I. Vom 15. Februar an Sprechstunden: Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 12-1 u. von 3-5 Uhr, Samstag von 8-9 u. 12-1 Uhr.'

Freiburg advertisement for cigars: 'In Zigarren, Zigaretten und Tabaken finden Sie gute Sorten in reicher Auswahl in dem Zigarren-Spezial-Geschäft von Fried. Ackermann 1 Kreuzstrassel.'

Alona advertisement: 'Alona Fahrräder u. Zubehörteile enorm billig. Kataloge gratis. Vertreter gesucht. Fahrradhaus Wiehre Freiburg i. B. G.'

Freiburg advertisement for a drawing: 'Diese Woche Ziehung der Invalidengeldlose dann folgen Einschieber, Donauschieber und verlegte Lorenzer à 3.-, 2.- und 1.- das Los, ferner sind zu haben: Mannheimer Matmarkt, Altenburger u. Medlenburger à 1.- auf 10 St. 1 Preislos und alle sonst staatlich genehmigten Sorten. Carl Götz, Lederhandlung u. Bankgeschäft, Karlsruhe i. B. 882'

Gerwigstr. 35 4. advertisement: 'Et. ist ein möbl. Zimmer per sofort oder später für 14 M zu vermieten. 860'

Hofstr. 11, advertisement: 'Hinterhaus 4. Etod ist ein möbliertes Zimmer sofort od. später bill. zu vermieten 869'

Freiburg advertisement for Max Nesch: 'Günstige Kaufgelegenheit! weg. Geschäftsverlegung. 10-25% Rabatt auf sämtliche Waren. Brillen incl. Etui v. 80 g an Zwicker von M. 1.50 Thermometer -45 Operngläser incl. E. v. 7.50 Feldstecher -8.50 Barometer von M. 6.25 Lieferant von Orts- und Betriebskrankenkassen. Max Nesch, Freiburg i. B., 9 Bertholdstrasse 9.'

Schranz advertisement: 'Schranz gut erh. für 12 Mt. zu verkaufen. 861 Gerwigstr. 55, 4. Etod. Eine arme, von ihrem Mann verlassene Frau, möchte ihr 1/2 Jahre altes Kind (Mädchen) von guten Eltern adoptieren lassen. Näb. zu erfragen unt. A. 868 in der Exped. d. Blattes.'

Freiburg advertisement for Standesbuchauszüge: 'Standesbuchauszüge der Stadt Durlach. Geburten vom 1. bis 8. Februar: Friedrich Bernhard, Vater Maximilian Hermann Bernhard Heise, Handbühnenmacher. Anna, Vater Jakob Christoph Ammann, Landwirt. Emma Martha Gertrud, Vater Bruno Friedrich Wilhelm Odert, Sergeant. Fritz, Vater Oskar Friedrich Jilka, Versicherungsbeamter. Elisabeth Johanna, Vater Jakob Johann Weidold, Gärtner. Wilhelm August, Vater Johann Baptist Vurr, Metzgermeister. Heiratungen v. 6. Febr.: Joseph Stöck, Schlosser, von Emmingen ab Egg, Amt Engen und Sophie Vener, Dienstmädchen von Ulstadt, Amt Bruchsal. Anton Ruhbaum, Rabritschmied von Gundelfingen, Amt Dillingen (Bayern) und Emma Rosa Gann, ohne Beruf von Comweiler, Oberamt Neuenbürg (Württemberg). Adam Jakob Valentin Mannerer, Bahnarbeiter von Durlach und Susanna Klein, Dienstmädchen von Mörsbad, Gemeinde Großbundenbad, Amt Homburg (Wälz). Sterbefälle vom 5. bis 11. Februar: Robert, Vater Karl Mayer, Bierbrauer, 3 Monate alt. Magdalena Fleischmann geb. Rohdinsky, Witwe des Holzschuhfabrikanten Gabriel Fleischmann, 75 1/2 Jahre alt. Philippine Seiler geb. Ritter, Witwe des Fuhrmanns Christian Seiler, 60 Jahre alt. Wilhelm Ludwig, Vater Christian Horst, Lademeister, 22 Jahre alt. Heinrich Karl, Vater Adolf Weising, Eisenarbeiter, 9 Monate alt. Ein totgeborener Knabe, Vater Joseph Wacker, Kanalarbeiter.'

Fahrräder! advertisement: 'mit Doppelglockenlager und Garantie von Mk. 62.- an Laufdecken v. M. 2.85 an m. Garantie v. M. 4.15 an Luftschläuche v. M. 2.25 an m. Garantie v. M. 3.10 an Nähmaschinen Waschmaschinen Zubehörfelle, Reparatur enorm billig. Kataloge gratis, Vertreter gesucht Fahrradhaus Wiehre Freiburg i. B., Schwarzwalddstr. 9 Teleph. 508'

Clownanzug advertisement: 'gut erh., billig zu verkaufen. Weidstr. 17, S. 1. r. Damen- u. Kinderkleider werden billig angefertigt. Schützenstr. 62, 3. Etod. Maskenkostüm (Bigeuner Kompf) sehr billig zu verkaufen. Bahnhofstr. 36, Hinterhaus part.'

10% Rabatt advertisement: 'Ab 1. Januar gewähre auf alle Stoffe, welche von Privat-Handlung gekauft werden, obigen Rabatt von 10%. Wilh. Wolf jr., Tuchabteilung, Kaiserstraße 82a, Eingang Sammlstraße.'

Einige tüchtige Verkäufer für die Knallerbs advertisement: 'gesch. - Anmeldungen nimmt bis Mittwoch die Expedition dieses Blattes entgegen.'

Freiburg advertisement for Jul. Bollerer: 'Wollen Sie sich gut und billig kleiden, tragen Sie Ueberzieher von Jul. Bollerer Spezialhaus für elegante Herren- u. Knaben-Bekleidung. Kaiserstrasse 131. Mitglied des Rabattsparevereins'

Freiburg advertisement for a suit: 'Wollen Sie sich gut und billig kleiden, tragen Sie Ueberzieher von Jul. Bollerer Spezialhaus für elegante Herren- u. Knaben-Bekleidung. Kaiserstrasse 131. Mitglied des Rabattsparevereins'

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off, containing various notices and advertisements.